

Das Gesetz von Natürlicher Freiheit und die Grundlage von Gerichtshöfen Allgemeingültiger Gesetzgebung:

Erste Grundpfeiler



1. Jeder Mann, jede Frau und jedes Kind ist naturgemäß von Geburt an frei, unabhängig und gleich. Jedes Individuum ist mit einem ihm innewohnenden Wissen ausgestattet, wodurch er erkennt was richtig und wahr ist. Demnach kann kein Mensch weder einem anderen Menschen noch einer äußeren Autorität untergeordnet werden, denn durch die naturgemäße angeborene Weisheit und Freiheit ist jedes Individuum innerhalb der größeren Gemeinschaft von gleichwertigen Individuen in sich vollkommen und ohne Fehl.
2. Diese persönliche Souveränität ist eine Widerspiegelung des viel weitgefasserteren Natürlichen Gesetzes. Laut diesem Gesetz ist alles Leben naturgemäß unteilbar und zum Gemeinnutz geschaffen zum Zwecke des Fortbestands aller. In jeder gerechten Gesellschaft gibt dieses gemeinsame Gut, woran jeder teilhat, jedem das unveräußerliche Recht, gemeinschaftlich eine eigene Regierung zu bilden, sich gegen jegliche Form von Tyrannei und Gewalt zur Wehr zu setzen auch dann, wenn dies durch eine äußere Autorität geschieht. Jede Autorität, die ungerecht und willkürlich handelt, ohne die freie und nicht-erzwungene Zustimmung des Volkes, büßt automatisch das Recht zu regieren ein und kann mit legalen Mitteln gestürzt werden. „Eine ungerechte Regierung ist nicht Regierung durch Tyrannei“ - Plato
3. In diesem Natürlichen Gesetz wurzelt das selbstverständliche Allgemeingültige Gesetz. Das Anliegen dieser Gesetzgebung ist der Schutz der angeborenen Freiheit und Souveränität der Männer und Frauen in der Gemeinschaft durch die Aufrechterhaltung von Gerechtigkeit und Frieden innerhalb der Gemeinschaft. Das Allgemeingültige Gesetz erlangt seine Rechtsgültigkeit durch das Volk selbst, das mit der Kompetenz ausgestattet ist zu wissen, was Recht ist und zwischen Recht und Unrecht zu unterscheiden weiß. Dieses Kompetenzbewusstsein findet seinen Ausdruck durch das Schöffengericht bestehend aus zwölf freigewählten Personen, die gemäß Allgemeingültigem Gesetz in einem Allgemeingeseztlich Gültigen Gerichtshof als letzte richterliche Instanz und Autorität fungieren.
4. Rückblickend auf die historische Entwicklung entstand die Allgemeingültige Gesetzgebung in Europa - zu allererst in England nach der Normannischen Eroberung - als eine Art Bollwerk gegen das willkürliche Regieren der Eliten vor allem durch Monarchen und Päpste. Die Autorität dieser Eliten war von vornherein eine widernatürliche Übernahme. Ihre Rechtfertigung wurde durch Kriege und gewaltsame Eroberung begründet statt durch das göttliche Gesetz des Friedens und der Gleichheit. Am stärksten blühte das Gesetz der Eliten während des Römischen Imperiums und später durch den Ableger dieses Imperiums - die Kirche Roms.
5. Ein derart durch Eroberung gerechtfertigtes Regieren unter der Leitung von Päpstlichen und Königlichen Eliten mündete in ein legales Rechtssystem, das wir als Ziviles Recht kennen. Dieses Rechtsverständnis ging auch einher mit dem Glauben, dass Männer und Frauen keineswegs mit der Kompetenz von Selbstbestimmung und innewohnender Weisheit ausgestattet sind. Daher wurde propagiert, dass alle Autorität und Gesetz von außen komme. Gesetze wurden in Statuten festgesetzt und vom Regierenden aufgezungen - ein Papst, ein Monarch oder eine Regierung. Es ist ein Rechtssystem, das sich aus der Philosophie von Aristoteles entwickelte und dem Römischen Gesetz von Besitz genüge tat.

Ein System wonach alles Existierende als getrennt angesehen wird. Menschen werden als Leibeigene und als Besitz betrachtet. Sie besitzen keine angeborenen Freiheiten. Der Mensch war in jeglicher Hinsicht versklavt, isoliert von der Welt, die allen gemeinsam gegeben wurde. Der Mensch wurde eingegliedert, kategorisiert und erhielt eingeschränkte „Freiheiten“ (*freithorns* oder der Genuss von Privilegien als Sklaven), welche Statuten definierten und einschränkten und die die herrschende Klasse erließ.

6. Daher sind Allgemeingültige Gesetzgebung und Ziviles Recht fundamentale unversöhnliche Gegensätze. Eine Annäherung ist nicht möglich, da beide in völlig entgegengesetzte Vorstellungen von Humanität und Gerechtigkeit wurzeln: die Allgemeingültige Gesetzgebung betrachtet das Leben als ein Geschenk, an dem alle gleichermaßen gemeinsam teilhaben, wohingegen die Zivile Gesetzgebung das Leben als an Bedingungen geknüpftes Privileg ansieht, wonach die Menschheit als ein Volk von Sklaven gehalten wird. Entsprechend funktionieren Regierungen gemäß (Statuten) des Zivilen Rechts, welches eine Allgemeingültige Gesetzgebung als Ganzes durch das Regieren mittels willkürlich agierenden Richtern und Gerichtshöfen verzerrt und ignoriert.
7. Die extremste Ausformung von elitär gestütztem Zivilem Recht findet sich in sogenanntem Päpstlichem oder Kanonischem Gesetz, wonach die Kirche in Rom als einzige legitime Autorität auf Erden definiert wird und alle anderen Gesetze, Völker und Regierungen haben sich diesem Gesetz des Kanons unterzuordnen. Kanonisches Gesetz ist selbstverwaltend, außerhalb jeglicher Rechenschaftsablegung und wenn überhaupt nur sich selbst gegenüber Rechenschaft schuldig. Ungeachtet der christlichen Rhetorik ist der Römische Katholizismus ein neoheidnischer Kult basierend auf den abgelebten Verehrungsvorschriften des Römischen Kaisers, die aus dem 3. Jahrhundert stammen bekannt unter dem Namen *Sol Invictus*, wonach ein Regent, der den Titel „Gott und Herr“ (*Deus et Dominus*) trägt über Himmel und Erde regiert. Es dürfte daher keinen überraschen, dass ein solches Konstrukt der Tyrannei mehr als jede andere Macht die Schuld an den Kriegen, Völkermord, Eroberungen und Mord der Menschheitsgeschichte trägt, und dass diese Macht bis heute die alleinige und größte Bedrohung sowohl für eine Allgemeingültige Gesetzgebung als auch für die menschliche Freiheit darstellt.
8. Die Kirche von Rom war die erste und ist die älteste Körperschaft auf unserem Planeten: eine legale rechtliche Institution geschaffen, um die Tyrannei zu schützen, welche die Eliten von der individuellen Haftung und Verantwortlichkeit für Verbrechen und Eroberungen, die sie ausführen, freistellt. Von Rom und von der Korporation Vatikanus aus hat sich die Ansteckungsgefahr ausgedehnt - eine Gefahr, die nun für unseren Planeten und unser aller Leben zu einer Bedrohung geworden ist. Denn von jeglicher Rechenschaft freigestellt hat die korporative Oligarchie in allen Sektoren unserer Gesellschaft unsere Freiheit unterwandert und alles Leben wurde dem Profit - und Machtgier untergeordnet.
9. Genau in diesem Moment während die korporative Eroberung weiter vorstößt, um die Menschheit zu unterjochen, beginnt eine Gegenbewegung sich zu erheben, die den göttlichen Sinn durch das Einführen von einer Allgemeingültigen Gesetzgebung wieder Geltung verschaffen möchte. Die Erde und die Menschheit soll in ihrem natürlichen Seinszustand als zusammengehörende Einheit zurückversetzt werden. Diese Bewegung wurde biblisch und prophetisch geweissagt und beschrieben als die Zeit, in der alle Menschen ihre natürliche Gleichheit wiedererkennen. Frei von jeder Teilung, jeglichem Privileg und jegliche Unterdrückung, damit sie untereinander und mit allem Geschaffenen in Harmonie leben.
10. Diese Erneuerung der Menschheit im Sinne Gottes und beginnt mit der aktiven Abschaffung jeglicher existierende Autorität und Institutionen, die vom Römischen Zivilgesetz herrühren. Sie werden von einer neuen Regierungsform, die der Rechtsprechung einer Allgemeingültigen Gesetzgebung Rechnung trägt, ersetzt werden. Die Schaffung dieser neuen Form von Autorität, die dem Natürlichen Gesetz entspringt unter der eine befreite Menschheit gedeihen kann ist das fundamentale und vorrangige Anliegen der Gerichtshöfe einer Allgemeingültigen Gesetzgebung.

Einführung und Aufrechterhaltung von Gerichtshöfen Allgemeingültiger Gesetzgebung: eine praktische Anleitung und Wegweiser

ÜBERSICHT

Diese ersten Grundpfeiler bilden die Grundlage, auf die sich die allgemeine Legitimität und Rechtmäßigkeit der Allgemeingültigen Gesetzgebung stützt. Sie machen die Bildung von Gerichtshöfen notwendig, die mit der Macht ausgestattet sind, jegliche Person oder Institution strafrechtlich zu verfolgen oder anzuklagen, die für eine Gemeinschaft eine Bedrohung darstellen.

Das Mandat, wodurch die Etablierung solcher Gerichtshöfe legitimiert wird, wurzelt in der Souveränität des Volkes als Ganzes. Sie erhalten nicht ihre Legitimität durch irgendeine bestimmte politische Partei, irgendein System oder irgendeine Regierung. Daher sind Gerichtshöfe Allgemeingültiger Gesetzgebung universal. Sie unterliegen keinerlei Restriktionen durch übliche Grenzbarrieren oder Gesetze. Die Kompetenz ihrer Rechtsprechung umfasst jede Angelegenheit, die vorgetragen wird und jede Beschwerde. Jegliche andere Form von legaler oder moralischer Autorität, Immunität oder Privilegien werden von Gerichtshöfen Allgemeingültiger Gesetzgebung nicht anerkannt und von der Behandlung ausgeschlossen.

Aufgrund der Tatsache, dass diese Form der Rechtsprechung dem Natürlichen Gesetz entspringt und somit universal und grenzüberschreitend ist, können Gerichtshöfe Allgemeingültiger Gesetzgebung in jedem Land oder Gemeinschaft gebildet werden. Die Bildung solcher Gerichtshöfe ist nicht auf Nationen beschränkt, die mit einer spezifischen legalen Tradition von Allgemeingültiger Gesetzgebung vertraut sind wie beispielsweise England, Kanada und Amerika.

Gerichtshöfe Allgemeingültiger Gesetzgebung kommen dann zustande, wenn Frauen und Männer sich versammeln, um über eine Angelegenheit sie selbst und ihre Gemeinschaft betreffend zu urteilen. Dieser Gerichtshof bildet dann einen Bürgernukleus bestehend aus mindestens 12 Personen, die als Geschworene agieren, einen bürgerlichen Anklagevertreter, der zugunsten der Gemeinschaft den Fall behandelt, einen Schiedsrichter, der den Vorsitz führt und dessen Funktion rein beratend ist, sowie einen Sheriff, dem es obliegt, die Vorladungen, Befugnisse und Urteilsprüche Geltung zu verschaffen. Die Angeklagten vom Gericht namentlich aufgerufen müssen ihren Fall während alle Gerichtsprozesse selbst vertreten. Zu erlauben, dass ein anderer ihren Fall „vertritt“ käme einer Preisgabe ihres Natürlichen Rechts und ihrer Souveränität gleich.

In einem Gerichtshof Allgemeingültiger Gesetzgebung gibt es keine professionell beschäftigten Anwälte oder Richter.

Die Befugnisgewalt des Gerichtshofs einer Allgemeingültigen Gesetzgebung hinsichtlich des Erfassens irgendeiner Person, den Zugang zu Orten oder Gegenständen von Belang kennt keinerlei Restriktionen. Ebenfalls existiert keinerlei Begrenzung in Bezug auf die Dauer oder Rechte des Gerichtshofs. Mittels der Person, die als bürgerlichen Anklagevertreter agiert, kann der Gerichtshof öffentliche Vorladungen erlassen, die für jeden Menschen oder Institution bindend sind und die durch den Sheriff des Gerichtshofs geltend gemacht werden, der das unbeschränkte Recht besitzt, jeden Menschen namentlich in der Vorladung aufgeführt festzunehmen und vor Gericht zu bringen.

Der endgültige Urteilspruch der Geschworenen des Gerichtshof Allgemeingültiger Gesetzgebung ist unabänderlich ohne Recht auf Berufung, schlicht und einfach weil eine vernunftorientierte nicht genötigte Gruppe von Bürgern sich stützend auf die Beweisvorführung allein, die Wahrheit eines Falles aufklären kann, da sie ja die Kompetenz eines natürlichen Rechtsempfindens besitzen und daher zwischen richtig und falsch zu unterscheiden wissen. Wahrheit ist niemals variabel. Ein Angeklagter ist entweder schuldig oder unschuldig; die Wahrheit kann niemals einer Revision oder Neueinschätzung unterzogen werden. Andernfalls wäre sie unwahr.

Die Bestrafung, die der Gerichtshof ausspricht, ist ebenfalls endgültig. Sie wird nicht nur vom Sheriff des Gerichtshofs vollstreckt, sondern von allen Bürgern. Denn eine Allgemeingültige Gesetzgebung entspringt und wurzelt in der direkten Verantwortlichkeit jedes Menschen sowie alle dazugehörigen nötigen Abläufe. Die Befugnisgewalt der Geschworenen irgendeines Menschen, Gruppe oder Institution eine Bestrafung aufzuerlegen ist unbeschränkt. Der Schiedsrichter verfügt über keinerlei Befugnis, die Urteilsfindung der Geschworenen abzuändern, zu beeinflussen oder in irgendeine Richtung zu lenken - seine Aufgabe besteht lediglich darin, die Geschworenen in legalen Angelegenheiten zu beraten.

Schließlich, nach Verkündung des endgültigen Urteilsspruchs und Strafzumessung ist die Aufgabe der Geschworenen des Gerichtshofs automatisch erfüllt und die Mitglieder sind von ihrer Pflicht befreit. Es findet kein Gerichtsprozess statt, wenn nicht die gewissenhafte Zustimmung und Beteiligung des Volkes selbst den Prozess begehrt. Nochmals, in dem Rechtssystem einer Allgemeingültigen Gesetzgebung existiert keine Kaste von professionellen und permanent beschäftigten Anwälten oder Richtern. Vielmehr wird auserwählten und temporär beschäftigten Gerichtsbeamten der Vorzug gegeben.

Vorgang und Protokoll

- Schritt 1 - Fallzusammenstellung
- Schritt 2 - Bildung des Gerichtshofs: Aufgabenzuteilung an Schiedsrichter, Ankläger und Geschworenen
- Schritt 3 - Vereidigung der Geschworenen und Gerichtsbeamten
- Schritt 4 - Ausstellung von öffentlichen Vorladungen
- Schritt 5 - Gerichtshofsitzung – einführende Argumente von beiden Seiten oder vom Ankläger allein *in absentia* der Angeklagten
- Schritt 6 - das Hauptverfahren unter Anwesenheit beider Parteien
 - Teil A: der Ankläger trägt seinen Fall vor
 - Teil B: der Angeklagte erwidert auf den Vortrag des Anklägers
 - Teil C: der Angeklagte trägt seine Sicht des Falles vor
 - Teil D: die Erwiderung des Anklägers auf den Vortrag des Angeklagten
- Schritt 7 - Abschließende Zusammenfassung und Argumente von beiden Seitengerichtet an die Geschworenen sowie letzte Beratung seitens des Schiedsrichters
- Schritt 8 - die Geschworenen ziehen sich zur Beratung zurück
- Schritt 9 - die Geschworenen verkünden ihre einhellige Urteilsfindung und Strafzumessung
- Schritt 10 - das Gericht beendet die Geschworenenfunktion; der Sheriff und die Gemeinde vollstrecken das Urteil und die Bestrafung

Informieren Sie sich durch das Beweismaterial über Völkermord in Kanada und andere Verbrechen an Unschuldigen auf der Webseite www.hiddennolonger.com sowie auf der Webseite des Internationalen Tribunals für Verbrechen von Staat und Kirche www.itccs.org und www.itccs.tv

Eine internationale multilinguale ITCCS Webseite finden Sie unter <http://kevinannettinternational.blogspot.fr/>

Nachrichten für Kevin Annett können unter der Nummer 250-591-4573 (Kanada) hinterlassen werden.

„Die Mächtigen erscheinen nur deshalb mächtig, weil wir auf den Knien sind. Lasst uns uns erheben!“

Camille Desmoulins, französischer Revolutionär, 1790

„Ich verlieh Kevin Annett seinen indianischen Namen Eagle Strong Voice (des Adlers starker Stimme) im Jahr 2004 als ich ihn als Mitglied des Anishinabe Volkes adoptierte. Mit Stolz trägt er diesen Namen, denn er tut die Aufgabe, wozu er auserkoren wurde - sein Volk über sein falsches Tun aufzuklären. Er spricht stark und sagt die Wahrheit. Er spricht für unsere geraubten und gemordeten Kinder. Ich bitte jeden, ihn anzuhören und ihn willkommen zu heißen.“

Häuptling Louis Daniels – Whispers Wind (Geflüster des Windes), Ältester des Crane-Clans, Anishinabe Nation, Winnipeg, Manitoba

Das ITCCS-Team